

platz zu überschreiten, was sie selbst in die Position von Marktmachern kapapultiert. Wie die gegenwärtige Krise in der Positionierung von Taban Deng jedoch zeigt, ist eine solche Position keineswegs ein Selbstläufer. Sie will kontinuierlich gepflegt und mit den richtigen Schritten zum richtigen Zeitpunkt gewahrt werden.

Schmiermittel

Es ist kein Geheimnis, dass Öleinkommen über lange Jahre die Fluidität des politischen Marktplatzes garantiert haben. Eine häufig geäußerte These politisch-ökonomisch argumentierender Ansätze macht die Einstellung der Ölproduktion im Jahr 2012 im Anschluss an eskalierende politische Kontroversen mit dem Sudan und den resultierenden Totalausfall der Öleinnahmen für den Zusammenbruch des auf den inflationären Einkauf politischer Loyalität basierenden »political settlement« des »big tent« von 2005 bis 2011 verantwortlich. So lässt sich auch die darauffolgende politische Eskalation erklären, die im Ausbruch des südsudanesischen Bürgerkriegs mündet (de Waal, 2014; Twinjstra, 2015). Dies hat nicht zuletzt damit zu tun, dass in dieser Zeitphase das politische Budget mit dem nationalen südsudanesischen Budget deckungsgleich ist. »Any bubbles of technocratic integrity that might exist, here and there within the system, depend entirely on the goodwill and political clout of their individual mentors.« (de Waal, 2015: 100)

Das nationale Budget ist nach der Wiederaufnahme der Ölförderung im Jahr 2013 wiederum mit den Einnahmen aus der Ölförderung nahezu deckungsgleich. In der Periode von 2015 bis 2019 machen Öleinnahmen 86 % der Staatseinnahmen aus (Soares da Gama, 2020), wobei ein nicht geringer Teil bereits vorab auf Kredit zur Finanzierung des Krieges verpfändet wird. Öl zeichnet zudem für ein Drittel des BIP und nahezu 100 % der Exporte verantwortlich⁴, was die Einseitigkeit der südsudanesischen Ökonomie unterstreicht. Trotz eines gewissen Bemühens, nach außen hin transparent zu erscheinen – so wurde etwa das *Ministry of Petroleum and Mining* bei der Bildung des R-TGoNU der SPLM/A-IO überlassen und wird seit März 2020 vom relativ unerfahrenen und aus dem Parteinachwuchs kommenden Puot Kang Chuol geleitet – bleibt der Sektor abgeschlossen und unzugänglich. Das Ministerium ist neben der Erstellung von Prognosen und Statistiken und der Wartung

4 <https://www.worldbank.org/en/country/southsudan/overview> [29-01-2021].

der Explorations- und Transportanlagen vor allem für die Lizenzvergabe an internationale Konsortien verantwortlich. Neue Blocks, die nicht nur das traditionelle Fördergebiet an der sudanesischen Grenze umschließen, sondern bis nach Jonglei reichen, sollen im Verlauf des Jahres 2021 zur internationalen Versteigerung kommen.

Der wesentliche Eintrittspunkt in den Sektor ist jedoch die staatliche Ölgesellschaft Nilepet, der als Auktionsbedingung ein fester Bestandteil in den Explorationskonsortien zugesichert ist. Derzeit sind drei solche Konsortien im Südsudan tätig: Die produktivsten Ölfelder in Unity State, die Blocks 1, 2 und 4, die die qualitativ gute Nile Blend produzieren, werden von dem *Greater Pioneer Operating Company* (GPOC)-Konsortium exploriert. Der ebenfalls Nile Blend produzierende, weiter südlich in Unity gelegene Block 5A, obliegt der *Sudd Petroleum Operating Company* (SPOC). Die qualitativ niederwertigeren Blocks 3 und 7 in Upper Nile, die Dar Blend produzieren, werden von der *Dar Petroleum Operating Company* bearbeitet. In unterschiedlicher Zusammensetzung werden diese Konsortien von zwei internationalen Öl-Konzernen dominiert: der chinesischen CNPC (40 % an GPOC, 41 % an Dar) und der malaysischen Petronas (30 % an GPOC, 67.8 % an SPOC, 40 % an Dar). Substantielle Minderheitsbeteiligungen hält noch die indische ONGC Videsh (25 % an GPOC, 24.2 % an SPOC).

Die südsudanesische Nilepet hält an allen drei Konsortien in den Vertragsbedingungen fix verankerte Beteiligungen (5 % an GPOC, 8 % an SPOC, 8 % an Dar). Und Nilepet ist in der Tat ein Vehikel, das am politischen Marktplatz gezielt eingesetzt werden dürfte, wobei der hier stehende Konjunktiv auf die faktische Undurchdringlichkeit der Materie verweist. Als gesicherte Information gilt, dass Nilepet Teile des Sicherheitsapparates direkt finanziert und die Bewaffnung von Milizen, etwa der Padang Dinka in Upper Nile, bezahlt (Panel of Experts, 2016: 22 Abs 56). Privilegierte Teile von NSS und SSPDF haben direkten Zugriff auf die Mittel des Konzerns.⁵ Diese Verwicklungen werden durch die Personalpolitik unterstrichen: Akol Koor Kuc, der starke Mann des NSS und nach der Entlassung von Paul Malong der nach Kiir wahrscheinlich zweitmächtigste Spieler am politischen Marktplatz, war ebenso im Vorstand von Nilepet wie weitere führende Kader des NSS. Allerdings wird Akol Koor im August 2020 in einem Schritt, der ein gleich riskantes wie wohlüberlegtes Manöver zur Verschiebung der Machtbalance am politischen Marktplatz

5 <https://www.globalwitness.org/en/campaigns/south-sudan/capture-on-the-nile/> [29-01-2021].

darstellt, von Salva Kiir durch seinen loyalen Unterstützer Nhial Deng ersetzt (Panel of Experts, 2020: 10 Abs 29). Nilepet ist also gleichzeitig Instrument wie Spielfeld des politischen Marktplatzes.

Die starke Ölabhängigkeit wirft zwei miteinander zusammenhängende Fragen auf: Ist der Südsudan ein Opfer des viel zitierten Ressourcenfluchs (»Resource Curse«) und, nicht zuletzt abhängig von der Beantwortung dieser Frage, wie wird sich der südsudanesische Marktplatz mit einer abzusehenden Abnahme der Öleinnahmen entwickeln? Resource Curse wird in der ökonomischen Literatur als Fehlfunktion öffentlicher wie privater Institutionen im Zusammenhang mit einem einseitigen Ressourcenreichtum betrachtet. Eine allgemeine, politikwissenschaftlich orientierte Definition sieht ihn als »the perverse effects of a country's natural resource wealth on its economic, social or political well-being« (Ross, 2018: 200). In dieser weit gefassten Definition würde der Südsudan offensichtlich in die Definition passen. Die phasenweise substanziellen Einnahmen aus der Ölförderung sind jedenfalls nie an weite Teile der Bevölkerung weitergegeben worden.

Es sind faktisch keine öffentlichen Investitionen außerhalb des Sicherheitssektors sichtbar, die aus dem Öleinkommen bestritten worden wären. Nicht einmal eine regelmäßige, fachgerechte Wartung der Explorations- und Transportanlagen wird durchgeführt, obwohl die Regierung dazu eigentlich vertraglich verpflichtet wäre. Gespräche in Bentiu mit Personen, die in der Ölförderung tätig sind, bestätigen zwar die – gegenüber nicht im Sektor Beschäftigten strikt abgeschottete – gute Straßen- und Fluginfrastruktur um die Förderanlagen. Die Anlagen selbst sind jedoch veraltet und verursachen massive Schäden bei Mensch (Fehlgeburten, Missbildungen) und Natur (vergiftete Tiere, verödete Landschaften) in den umliegenden Gegenden.

Quantitative vergleichende Forschung deutet ebenfalls auf eine Gewaltkonflikte fördernde Wirkung der Ölförderung hin. Einer der in der rezenten Forschung anerkanntesten historischen Vergleiche von Konfliktursachen im Verhältnis zu ökonomischen Faktoren kommt in dieser Frage zu einem eindeutigen Schluss: »The effect of oil remains strong.« (Fearon und Laitin, 2003: 86) Eine andere Arbeit erkennt eine um 8 % erhöhte Wahrscheinlichkeit des Ausbruchs eines Gewaltkonfliktes nach der Entdeckung von Öl (Lei und Michaels, 2014). Beide Untersuchungen sehen jedoch die institutionelle Vorgeschichte, insbesondere die Prävalenz von Gewaltkonflikten im entsprechenden Land, als entscheidend an. Dies klingt naheliegend. Ölfunde in Norwegen wirken sich anders aus als Ölfunde im Sudan.

Generell verweisen vertiefende akademische Diskussionen darauf, dass die Qualität und der Charakter von Institutionen durch einen Resource Curse keine substanzielle Transformation durchläuft (Mehlum et al., 2006). In anderen Worten: Die neue Ressource dynamisiert und beschleunigt Tendenzen eher, als dass sie solche Tendenzen verändern oder gar umkehren würde. Dies ist in der Tat im Sudan/Südsudan zu beobachten. Es ist nicht Öl, das die Konfliktlandschaft des politischen Marktplatzes hat entstehen lassen. Es ist vielmehr der politische Marktplatz, der diese neue Einnahmequelle inkorporiert und nutzbar gemacht hat. Selbstverständlich haben die Konjunkturen der Öleinnahmen zu einschneidenden politischen Verwerfungen geführt. Neben dem Ausbruch des südsudanesischen Bürgerkrieges kann auch der Sturz von Bashir im Sudan mit einem überraschenden und rapiden Rückgang der Öleinnahmen in Zusammenhang gebracht werden. Ob diese Ereignisse damit vollumfänglich erklärt werden können, ist jedoch fraglich. Es ist unwahrscheinlich, dass die strukturellen Faktoren, die einen solchen Prozess ermöglicht haben, einzig von der Ressource Öl kreiert und produziert worden sind.

Damit sind wir bereits in der Beantwortung der zweiten Frage, wie sich der politische Marktplatz im Verhältnis zum Ölsektor zukünftig verändern könnte. Zunächst ist festzuhalten, dass es tatsächlich so scheint, als würden sich die Öleinnahmen in einem unvermeidlichen Rückgang befinden. Die Fördermenge im Oktober 2020 von 165.000 Barrel pro Tag, das meiste davon in qualitativ schlechter Dar Blend, ist weit von den Spitzenmengen von 350.000 Barrel pro Tag im Jahr 2011 entfernt. Der Verfall der internationalen Ölpreise tut ein Übriges. Die für das Jahr 2020 prognostizierten durchschnittlichen Einnahmen aus dem Rohölverkauf belaufen sich auf etwa 30 Millionen US-Dollar pro Monat, im Unterschied zu 900 Millionen US-Dollar im Jahr 2011 (Craze, *forthcoming*). Gelegentlich ventilierte Ideen, diese Produktion wieder auf den alten Stand hochzufahren und durch neu zur Auktion gebrachte Blocks sogar zu erhöhen, wirken, gelinde gesagt, zweckoptimistisch. »We understand there is a natural decline and oil reserve is limited«, gibt selbst der Unterstaatssekretär im Ölministerium im Oktober 2020 zu bedenken.⁶ Internationale Schätzungen gehen davon aus, dass die Produktion im Jahr 2030 dauerhaft unter 100.000 Barrel pro Tag fallen könnte (Patey, 2017: 11).

Was sind die Konsequenzen für den politischen Marktplatz? Vorhersagen sind im Südsudan schwer anzustellen, vor allem, weil sie weniger mit stabilen

6 <https://sudantribune.com/spip.php?article69963> [29-01-2021].

institutionellen Größen als mit einem strategisch und taktisch fein ausdifferenzierten soziopolitischen Spiel zu tun haben. In einer langfristig orientierten Sicht könnte argumentiert werden, dass die durch das Öl induzierte Dynamik aus der Konfliktlandschaft weicht und sich die beständige Turbulenz, die das derzeitige politische System auszeichnet, beruhigt. Das geht wohlgemerkt nicht zwangsläufig mit einer Abnahme der bewaffneten Gewalt einher. Es erhöht aber möglicherweise ihre Absehbarkeit und Steuerbarkeit. Joshua Craze (*forthcoming*) sieht Ende 2020 bereits solche Tendenzen am Werk. Der stark inflationäre Preis politischer Loyalität pendelt sich auf weit niedrigerem Niveau ein. So wird es für Marktmacher wie Salva Kiir einfacher, strategische Partnerschaften etwa über die gezielte Vergabe politischer Positionen, national sowie in den Regionen, die für die Begünstigten mit der Möglichkeit der Realisierung finanzieller Profite einhergehen, zu verstetigen. Dies klingt plausibel. Allerdings: einer verlässlichen Prognose ist die Konfliktlandschaft des südsudanesischen politischen Marktplatzes sicher nicht zugänglich.

